

Borken, den 22.05.2012

50.7.2 - Jobcenter - Zentrale Steuerung

Vermerk

Pressebericht Westfälische Nachrichten vom 12.05.2012 zur Umsetzung der Schulsozialarbeit nach BuT in der Stadt Gronau

In dem o.g. Pressebericht wird aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Gronau vom 10.05.2012 berichtet. Dieser Pressebericht hat auch zu Rückfragen beim Jobcenter des Kreises Borken geführt. Daher im Folgenden eine kurze Richtigstellung:

Grundlage der Diskussion im Jugendhilfeausschuss und somit auch in der öffentlichen Berichterstattung ist eine Vorlage der Stadt Gronau. In dieser Vorlage wird ausgeführt, dass für die Schulsozialarbeit in Gronau 268.227,86 EUR für das Jahr 2012 zur Verfügung stehen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass für die eigentliche Schulsozialarbeit nur noch 30.000 EUR zur Verfügung stünden. Nach Vorgaben des Kreises seien 80.000 EUR für Verwaltungskosten zur Umsetzung der Schulsozialarbeit gebunden. Diese Darstellung ist so nicht korrekt.

Die Stadt Gronau hat Anfang 2012 folgende Beträge erhalten:

80.468,36 EUR für die entstehenden Verwaltungskosten zur Umsetzung der neuen Aufgabe Bildung und Teilhabepaket. Damit ist der gesamte Verwaltungsaufwand für Antragsbearbeitung, -bewilligung, -ablehnung usw. abgedeckt. Dem steht eine Reduzierung der Bundesbeteiligung an den Verwaltungs- und Personalkosten SGB II des Jobcenters Gronau gegenüber, so dass hier nur ein Ausgleich über einen anderen Finanzierungsweg durch den Bund für die neue Aufgabe geschaffen wurde. Die Verwaltungskosten haben keinerlei inhaltlichen Bezug zu der Aufgabe Schulsozialarbeit.

187.759,50 EUR für die Umsetzung der Schulsozialarbeit. Hier ist die Stadt frei in der Verwendung der Mittel gemäß dem Erlass des MAIS NRW vom 07.07.2011. Sowohl Personal für die Schulsozialarbeit, als auch Projekte bei der Stadt oder bei Trägern können hieraus finanziert werden.

Im Auftrag

Christian Tewiele

WV 12/12 IV, 50, 15, 1

80 000 Euro Verwaltungskosten

Bildungs- und Teilhabegesetz: Neue Zahlen sorgen für Überraschung

kw GRONAU. Der Geldsegen von Ministerin Ursula von der Leyen zur Ankurbelung des Marketings in Sachen Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) entpuppt sich immer mehr als „Wunderüte“. Allerdings zu einer mit eher negativen Überraschungen. Das mussten am späten Donnerstagabend die Mitglieder von Schul- und Jugendhilfeausschuss einmal mehr erfahren. Der Grund: Statt (wie bisher angenommen) 100 000 Euro stehen 2012 von den insgesamt erhaltenen 268 000 Euro nur noch 30 000 für die eigentliche Arbeit zur Verfügung.

Zur Erinnerung: Um die Segnungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes in anspruchsberechtigte Familien zu tragen, stellte von der Leyen den Kommunen 400 Millionen Euro zur Verfügung. 268 000 Euro davon erhielt die Stadt Gronau für 2011 (WN-Berichteten). Weil das Geld aber erst 2012 bei der Stadt eintraf, sah sich die Verwaltung durch das Haushaltsrecht gezwungen, es dem allgemeinen Haushalt zuzuführen. Diese Entscheidung wurde durch den Rat korrigiert, das Geld steht also 2012 zur Verfügung.

Die Verwendung im Detail: 110 000 Euro für Personal- und Sachkosten (1,5 Stellen), 50 000 wurden bisher in Projekte investiert, mit denen die Stelleninhaber Carola Nyhuis und Sevgi Kucun im Wege der ergänzenden Schulsozialarbeit auf die Möglichkeiten des BuT aufmerksam machen. Blieben theoretisch 110 000 Euro für die weitere Arbeit. Doch am Donnerstag zog Erste Beigeordnete Sandra Cichon plötzlich „ein Kaninchen aus dem Hut“ (Kurt



Carola Nyhuis und Sevgi Kucun machen im Wege der ergänzenden Schulsozialarbeit auf die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabegesetzes aufmerksam. Aber: Mit dem Geld dafür sind immer wieder Überraschungen verbunden. Foto: Stadt Gronau

Rehbein, SPD): Inzwischen sei mitgeteilt worden, dass 80 000 Euro als reine Verwaltungskosten (Cichon: „Für die Bearbeitung der Anträge“) anzusehen seien. Geld, das die Stadt für die Mehrarbeit erhält, der durch die Bearbeitung zusätzlicher Anträge entsteht. Bleiben also nur noch 30 000 Euro für die Schulsozialarbeit.

Die Politiker zeigten sich überrascht: 80 000 Euro Verwaltungskosten entsprächen fast der Summe, die für die 1,5 Stellen ausgegeben werde – stellte Jörg Tenz (SPD) angesichts der Relation irritiert fest. Seine Frage nach der Zahl der zusätzlichen Anträge, die bearbeitet worden seien, blieb indes ohne Antwort. Die Zahlen habe

der Kreis, eine Auswertung liege nicht vor, so Sandra Cichon. Auch Georg Gartmann hinterfragte die Verhältnismäßigkeit von 160 000 Euro Personal- und Projektkosten zu 80 000 Euro Verwaltungskosten. Sandra Cichon erklärte, dass dies Vorgaben des Kreises seien. Kreisweit würden von 1,2 Millionen Euro, die im Rahmen des BuT zur Verfügung gestellt würden, 381 000 Euro als Verwaltungskosten ausgewiesen. Burkhard John (CDU) betonte, dass Vertreter von Kommunen in einer Landtagsdebatte die Bereitstellung dieser Gelder vom Land gefordert hätten, um Verwaltungsmehraufwand in den Kommunen (wegen erhöhter Antragszahlen) zu

finanzieren. Kurt Rehbein (SPD) forderte die Verwaltung auf, der Politik umgehend die Vorgaben des Kreises in dieser Frage zukommen zu lassen. Herbert Krause (Pro Bürgerschaft) bezeichnete das ganze Prozedere des BuT in der Debatte einmal mehr als „Murks“, die Umsetzung als „unglaublich“.

Gartmann beantragte, die restlichen 30 000 Euro für sozialpädagogische Fachkräfte zu verwenden. Diesen Beschluss fassten beide Ausschüsse zwar mit großer Mehrheit; Verwaltung und CDU wiesen aber auf dessen mögliche Unwirksamkeit hin, weil die Gelder zum Etat des Sozialausschusses gehören. | Kommentar

GR
rei
Ka
ch
fre
Gr
An
rei
sar
ch
Er
Ra
Pr
sei
als
ein
Die
Sch
fre
die
ren
E
sid
gin
ver
pas
che
sta
An
rui
Wi
Die
hie
Ein
die
H
das
bra
wur
star
rich
sch
lesu
wur
ter
ANZE
KI
ME

Stadt Gronau (Westf.)**Kenntnisnahme**

Vorstandsbereich:		Fachdienst: 350	Datum: 20.03.2012
Vorlagen-Nr.: 50/2012 1. Ergänzung			
Beraten im öffentlichen Teil im			
Jugendhilfeausschuss		Sitzung am 10.05.2012	TOP
Ausschuss für Schule, Sport und Kultur		Sitzung am 10.05.2012	TOP
Integrationsausschuss		Sitzung am 28.06.2012	TOP
Mitzeichnungen:			
Kämmerer	VB 4	VB 3	VB 1/2
Anlage(n):		Der Bürgermeister	
2		In Vertretung:	
Konzept Schulsozialarbeit im BuT		Cichon	
Auszug aus der Niederschrift des Sozialausschusses vom 12.03.12		Erste Beigeordnete	

Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes**Entwurf des Beschlusses/der Kenntnisnahme:**

Der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Schule, Sport und Kultur sowie der Integrationsausschuss nehmen das Konzept der Stadt Gronau über die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes zur Kenntnis.

1. Rechtsgrundlage/ n:**Zuständig für die Entscheidung:**

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Bürgermeister | <input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss |
| <input type="checkbox"/> Haupt- und Finanzausschuss | <input type="checkbox"/> Rat |

2. Finanzielle Auswirkungen:

- a) Produkt: entfällt
- b) Sachkonto:
- c) Investitionsausgaben:
- d) Jährliche Folgekosten:
- e) Sonstiges:

3. Sachdarstellung:

Seit Frühjahr 2011 erfolgt in Gronau die Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe bedürftiger Kinder. Die wesentlichen kundenbezogenen Aufgaben wurden vom Kreis Borken im Rahmen einer Delegation auf die Stadt Gronau und die übrigen kreisangehörigen Städte und Gemeinden übertragen.

Im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zu den Reformen des Sozialgesetzbuches II (SGB II) Anfang 2011 wurde vereinbart, dass der Bund den Kommunen befristet bis 2013 insgesamt 400 Mio. € zur Finanzierung von zusätzlicher Schulsozialarbeit und der Mittagverpflegung von Hortkindern zur Verfügung stellt. Im Kreis Borken stehen damit für 3 Jahre zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 850.000 € jährlich bereit. Da für den Bereich der Mittagessen in Horten im Kreis Borken keine Bedarfe entstehen werden, stehen die vollen Mittel für den Bereich der Schulsozialarbeit bereit. Für das Jahr 2011 wurden nun der Stadt Gronau Anfang Januar 268.227,86 vom Kreis überwiesen. Auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses hat der Rat der Stadt Gronau im Rahmen der Budgetberatungen 2012 beschlossen, dass im Budget 2012, 2013 und 2014 ein neuer Aufwandsansatz in Höhe des jährlichen Zuwendungsbetrages für zusätzliche Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes eingestellt werden soll. Das bedeutet, dass der für das Jahr 2011 Anfang 2012 überwiesene Zuwendungsbetrag in diesem Jahr veranschlagt werden soll. Die Zuwendung für das Jahr 2012 wäre dann im Jahre 2013 und die Zuwendung für das Jahr 2013 im Jahre 2014 vorzusehen. Somit stehen im laufenden Jahr 268.227,86 € für die Schulsozialarbeit in Gronau zur Verfügung.

Für den Einsatz von derzeit 2 Fachkräften (1 Vollzeit- und 1 Teilzeitkraft) entstehen in diesem Jahr Personal- und Sachkosten in Höhe von etwa 110.000,00 €. Eine Personalaufstockung ist beabsichtigt. Für 6 in der Planung befindliche Projekte ist mit einem Aufwand in Höhe von ca. 50.000,00 € zu rechnen. Zu einzelnen Projekten erfolgt eine Erläuterung in der Sitzung.

Die Schulsozialarbeit ist Teil einer präventiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. Sie soll dazu dienen, insbesondere die Bildung und Teilhabe der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu unterstützen.

Seit dem 01.01.12 hat die Stadt Gronau neben den SGB II-Sachbearbeitern/Sachbearbeiterinnen zusätzlich eine Vollzeitkraft (Frau Carola Nyhuis) und eine Teilzeitkraft (Frau Sevgi Kucun) eingesetzt, die vorrangig die Aufgabe haben, Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket z.B. durch Anregung von Anträgen bei den Eltern, Kindern und Jugendlichen, Gewinnung von mitwirkenden Vereinen und weiteren Partnern, Einwerben von sonstigen Unterstützungsleistungen u.a.m. zu vermitteln.

Das beigefügte Konzept der Schulsozialarbeit gibt weitere Informationen zu den Aufgaben dieser eingesetzten Kräfte. Die Mitarbeiterin, Frau Nyhuis, wird in der Sitzung versuchen, Fragen aus den Reihen der Sitzungsteilnehmer zu beantworten.